



Der Turban als Zeitbombe

Über die defekte politische und mediale Wahrnehmung des Islam in Österreich und die Verunsicherung der Österreicher gegenüber Moslems.

Der Islam beunruhigt. Er ist unkontrollierbar, radikal, frauenfeindlich, er ist integrationsunwillig und er lauert im Schatten österreichischer Moscheen auf seine Chance, über unsere Demokratie herzufallen und ihr das Brandzeichen des Halbmondes aufzudrücken. Unter dunklen Turbanen, buschigen Augenbrauen und langen Bärten sitzt das Böse und sendet verklausuliert Terror-Botschaften in türkischer und arabischer Sprache an sinistre Bundesgenossen.

Mehr als zwei Drittel der Österreicher fühlen sich in dieser oder ähnlicher Art vom Islam bedroht. Mehr als 24 Prozent wollen einen Muslim nicht zum Nachbarn haben. 65 Prozent der nichtmoslemischen Österreicher halten Moslems für integrationsunwillig. Die von der FPÖ so eifrig propagierte „Überfremdung“, die es abzuwehren gilt, rangiert an dritter Stelle der Ängste der Österreicher: 49 Prozent fürchten, dass sich „der Islam bei uns ausbreitet“.

Ein solches Bild ergeben nicht nur Umfragen oder ein Blick auf Wahlplakate der FPÖ. Nachzulesen ist diese Haltung auch in den Medien dieses Landes.



Zuletzt geriet Innenministerin Liese Prokop zunächst in die Schlagzeilen und dann in argumentative Bedrängnis, als sie auf Basis einer unveröffentlichten Studie behauptete, 45 Prozent der Moslems seien integrationsunwillig. Prokop sprach in diesem Zusammenhang auch von einer „Zeitbombe“. Die Studie wurde kurz nach den Äußerungen der Ministerin vorgestellt, doch die Zahl fand sich nicht wieder. Einzig, wenn Konservative und streng gläubige Moslems der Studie gemäß zusammen gerechnet werden, entstünden die inkriminierten 45 Prozent Prokops. Ist also ein Moslem, der sich an den Koran hält und regelmäßig die Moschee besucht, ein schlechterer Bürger?

Die Opposition und selbst Justizministerin Gastinger kritisierten Prokop. Die Studie selbst – erstellt von Mathias Rohe aus Heidelberg – wurde von mehreren Fachkollegen vernichtend beurteilt. Doch die Botschaft war angekommen – „Moslems, großes Problem – Zeitbombe Islam“. Die Innenministerin hatte den Nerv des Volkes getroffen, aber auch den der öffentlichen Wahrnehmung.

Man braucht nur das aufgeklärteste Blatt des Landes zu lesen, „profil“, um zu erkennen, dass Österreich – ähnlich wie andere Nationen in Europa auch – quer durch alle Bevölkerungs-, Bildungs- und Mediensichten ein Problem mit dem Islam hat. Unter dem Titel „Islam unter Verdacht“ wurde in profil ein bedrohliches Bild des österreichischen Islam gezeichnet. Die Bildauswahl beein-

Der Turban als Zeitbombe

Über die defekte politische und mediale Wahrnehmung des Islam in Österreich

druckte von der Covergestaltung angefangen durch aggressive Sujets und Fotos, wie einen über die Kanzel gebeugten Hassprediger. Fachbegriffe wurden falsch übersetzt, Moscheen quasi zum Feindesland erklärt, weil es einer „profil“-Fotografin nicht erlaubt wurde, ohne Kopftuch zu fotografieren. Proponenten der Islamischen Gesellschaft wurden als Abwiegler und Verharmloser der Gefahr dargestellt.

Es soll hier nichts beschönigt werden: tatsächlich werden in manchen islamischen Gesellschaftskreisen Frauen wie Sklaven behandelt. Es gibt Hassprediger in Wien wie in Deutschland und ganz Europa. Es gibt Ehrenmorde, begangen an Frauen, die nichts anderes für sich beanspruchen wollten als die ihnen garantierten Grundrechte. Es gibt Zwangsbeschneidungen in arabischen Ländern. Tatsächlich bestehen in einigen Städten Deutschlands – und wohl auch in Wien – Parallelgesellschaften, die keinerlei Verbindung zum Staatswesen oder der österreichischen Kultur haben und auch nicht haben wollen. Aber betreffen diese Missstände alle 400.000 Moslems, die in Österreich leben? Treten die Hassprediger in allen 200 Moscheen und Vereinen auf, die es in Österreich gibt? Selbst das Innenministerium sieht nur eine Handvoll radikaler gewaltbereiter Moslems in Österreich. Warum ist also ausgerechnet das Innenministerium für die gesamte Bevölkerungsgruppe zuständig?

Es ist symptomatisch, dass nicht die Bundesregierung, die Landesregierungen oder die Religionsgemeinschaften selbst eine Studie zum Zusammenleben der nicht-moslemischen Österreicher mit moslemischen Bürgern in Auftrag geben und präsentieren, sondern die für Sicherheit zuständige Liese Prokop. Das bedeutet doch nichts anderes als: „Zusammenleben mit Moslems ist ein Sicherheitsrisiko“ – diese Botschaft wird transportiert und die veröffentlichte Meinung und die politischen Aussagen tun ein Übriges, um diesen Eindruck zu verschärfen.

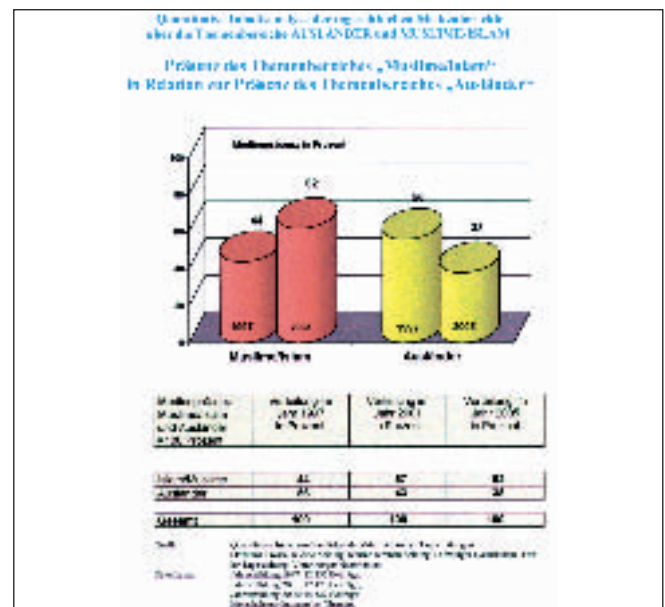
Natürlich stehen im Zusammenhang mit Stichwort Islam seit dem elften September die Schlagworte Terror und Sicherheit an oberster Stelle. Allein die Titel der vergangenen Monate zum Thema Islam auf dem deutschen Buchmarkt sprechen Bände: „Die Mullahs und die Bombe“, „Der Heilige Krieg und die Gewalt seiner Mythen“, „Netzwerk politischer Islam“, „Der Vormarsch der Muslimbruderschaft“.

Aber so wahr es ist, dass sich der Islam in Kombination mit wirtschaftlichen Missständen, religiösen Radikalismen und patriarchalen Strukturen als unmenschlich erweist, so wahr ist auch, dass polizeiliche Maßnahmen gegen die gesamte islamische Bevölkerung das Problem nicht lösen, sondern eher verschärfen. Menschen unter andauerndem Generalverdacht werden niemals ein Vertrauen entwickeln können oder gar eine Akzeptanz gegenüber ihren „Überwachern“.

In einem Rechtsstaat, der die Rechte seiner Bürger (und

zwar aller seiner Bürger) zu wahren weiß, gibt es keine Parallelgesellschaften. Diese sind nur dort entstanden, wo der Staat seine Zuwanderer alleine gelassen und wirtschaftlicher Druck und Arbeitslosigkeit diese Menschen und ihre Kinder vollends an den Rand der Gesellschaft gedrängt hat. So geschehen in Frankreich, so geschehen in den Niederlanden, so geschehen in Deutschland.

Als jüngstes Exempel für eine solche Entwicklung kann der Aufstand um die dänischen Mohammed-Karikaturen gelten. Zuerst überhörte die dänische Regierung die Proteste der Moslems, dann nahmen sich radikale islamische Kräfte der Vermarktung der Affäre an, und plötzlich brannten Botschaften europäischer Länder im Nahen Osten.



Die eine, westliche Seite hatte vergessen, dass Pressefreiheit nicht zwangsweise ein Freibrief zur Verletzung einer ohnehin schon in die Defensive gedrängten, verschreckten, hoch sensibilisierten und teilweise panischen Religionsgemeinschaft bedeutet. Letztere aber vergaß, Gerichte und interkulturelle Institutionen mit dem Fall zu beschäftigen und die öffentliche Diskussion maßvoll anzustrengen. Beide Seiten wurden am Ende Opfer der Vereinnahmung durch rechte Abendlandverteidiger auf der einen und durch religiös und geheimdienstlich gesteuerte Fanatiker auf der anderen Seite. Bezeichnenderweise beziehen die Radikalen beider Seiten ihre Rechtfertigung aus Samuel P. Huntingtons Versuch, die komplexe Welt der Religionen in ein allzu einfaches Konfliktschema zu pressen und einen „Clash of Civilizations“ zu konstruieren, der weltwirtschaftliche und soziale Entwicklungen zwischen den Kontinenten ausspart.

Dabei stehen die Auswege aus diesem angeblich stattfindenden „Clashes“ seit Jahrzehnten in unseren staat-

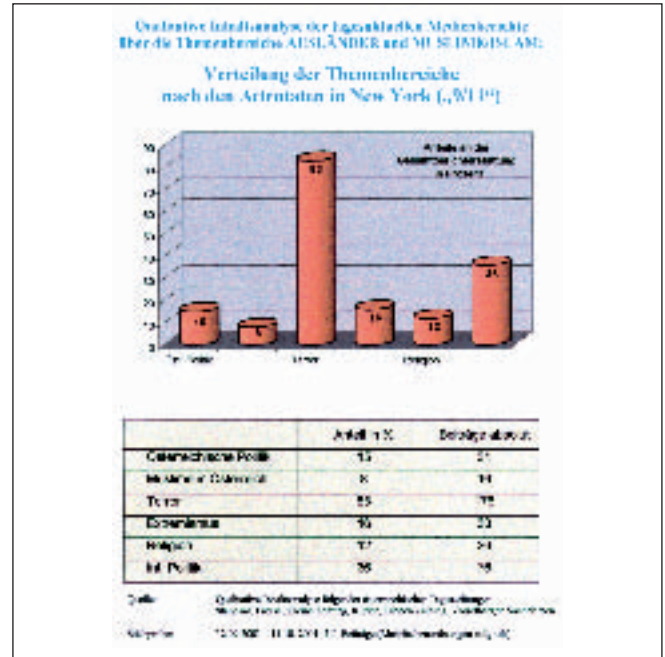


Der Turban als Zeitbombe

Über die defekte politische und mediale Wahrnehmung des Islam in Österreich

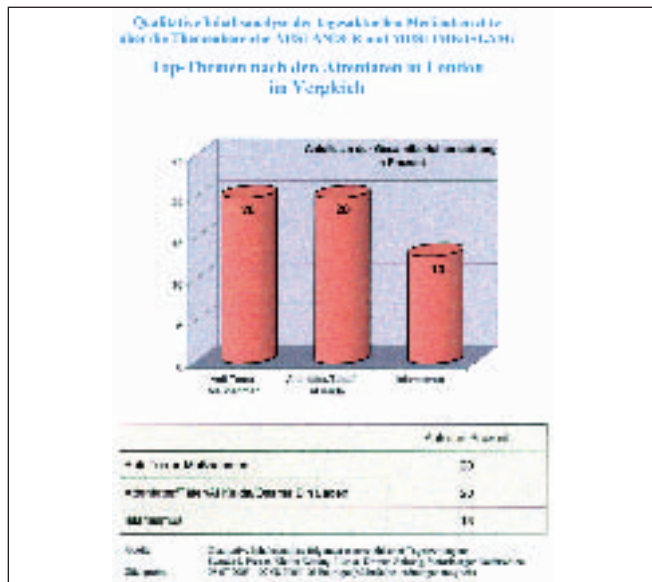
lichen Grundgesetzen. Die grundsätzliche Bereitschaft, den Rechtsstaat anzuerkennen und ihn seine Funktion effizient ausüben zu lassen, ist die Basis und die erste Ebene jedes geregelten Zusammenlebens. Menschen, die diese Basis nicht anerkennen – ganz gleich ob Christen, Hindus, Buddhisten oder Moslems – sollten nicht durch falsch verstandene Liberalität geschützt werden. Dieser Grundkonsens umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche und ist nicht aufkündbar – und gilt auch für die, die in Zukunft Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden wollen. Es geht nicht an, dass türkische Gerichte Ehrenmorde als Kavaliersdelikt behandeln und Zwangsheiraten dulden. Die Türkei muss sich klar darüber werden, dass es innerhalb der EU kein mit Augenzwicken geduldetes archaisches Schlaraffenland des Patriarchats gibt – auch nicht in Ostanatolien. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass nicht jede Frau mit Kopftuch ein willenloses Opfer von prügelnden, grausamen männlichen Tieren ist. Für die EU-Staaten selbst ist Aufklärung und Werbung für Werte der Toleranz und Frauenrechte oberstes Gebot, vor allem in jenen islamischen Gesellschaftsgruppen, die zum traditionellen Fundamentalismus neigen. Es muss uns aber auch klar sein, dass seit Generationen praktizierte Traditionen wie Zwangsehen nicht vom einen Tag auf den anderen verschwinden werden. Dazu bedarf es auch eines Prozesses der „Selbstkorrektur“ innerhalb der Gesellschaften selbst, der unter Umständen noch ein bis zwei Generationen dauern wird.

Die zweite und dritte Ebene des Zusammenlebens wird ebenfalls nicht durch Sicherheitsbehörden geregelt. Es geht um die Beschäftigungs- und sozial- und siedlungspolitische Maßnahmen. Versuche der Mitbestimmung und der verbesserten Bildung in einem der „wüstesten“ moslemischen Viertel in Essen-Katernberg haben nicht nur echte Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt vor allem für Jugendliche gebracht, sondern auch einen massiven Rückgang innerfamiliärer Gewalt.



Erst die fünfte Dimension, die sich mit einer kleinen Gruppierung gewaltbereiter Moslems beschäftigt ist eine, die das Innenministerium angeht. Rigorose Überwachung, Entlarvung von Komplotten und Anschlägen, Identifizierung möglicher terroristischer Netzwerke und Finanzströme sind von eminenter Bedeutung seit dem 11. September 2001. Dieses Feld ist hochsensibel und öffentlichkeitswirksam und es fordert die volle Aufmerksamkeit des Innenministeriums. Leider werden die anderen Bereiche über der Beschäftigung mit dem Terror vollständig vernachlässigt.

Die französische Polizei wird die Probleme der Banlieues in Paris ebenso wenig lösen können wie die belgische Polizei die Situation in Antwerpens Vororten. Die deutsche Polizei wird das Verhältnis der Deutschen zu deutschen Moslems weder in Berlin noch in Hamburg oder Köln durch Videoüberwachung regeln können. Und auch die österreichische Polizei wird nichts erreichen, wenn sie in streng gläubigen Moslems potentielle Terroristen und Abtrünnige der Gesellschaft zu erkennen vermeint. Die Zeitbombe, von der Innenministerin Prokop spricht, tickt in der sozialen Misere, der Verarmung und der Verdrängung von moslemischen Mitbürgern. Die Antwort auf diese Probleme wird nicht mit polizeilichen Maßnahmen gegeben, sondern durch Mitsprache, bessere Siedlungspolitik, durch nachhaltige Sozial- und Arbeitsmarktmaßnahmen und vor allem durch eine effiziente Bildungspolitik. In allen diesen Bereichen besteht erhöhter Handlungsbedarf – auch in Österreich.



Oliver Tanzer war langjähriger Korrespondent des ORF in Brüssel und Sprecher im Außenministerium. Er lebt als freier Journalist in Wien und ist Geschäftsführer der Europainformationsagentur EIA.